



Anfrage

TOP:
Vorlagen-Nummer: **V/2012/10535**
Datum: 07.03.2012
Bezug-Nummer.
PSP-Element/ Sachkonto: 1.11101.06/58110220
Verfasser: MitBÜRGER für Halle -
NEUES FORUM

Beratungsfolge	Termin	Status
Stadtrat	28.03.2012	öffentlich Kenntnisnahme

Betreff: Anfrage der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zu kommunalen Grundschulen

Der Presse war die Idee zu entnehmen, dass Frau Szabados das Ziel verfolge, Grundschulen in die Hand der Stadt überführen zu wollen.

Dazu bestehen folgende Fragen:

1. Plant die Stadt, LehrerInnen für Grundschulen und damit auch pädagogische Rahmenbedingungen in eigener Trägerschaft zu überführen?
2. Wann und wie wird das Dezernat IV bzw. der Bildungsausschuss über das Vorhaben informiert bzw. werden die zu erwartenden Auswirkungen auf die Schullandschaft in den dafür zuständigen Bereichen diskutiert?
3. Welche konkreten Ansatzpunkte und Konzepte verfolgt die Stadtverwaltung mit dem Vorhaben? Bzw. welche inhaltlichen Änderungen werden mit der Übernahme der LehrerInnen in die kommunale Verantwortung fokussiert?

gez. Tom Wolter
Fraktionsvorsitzender

Sitzung des Stadtrates am 28.03.2012

Anfrage der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zu kommunalen Grundschulen

Vorlage-Nr. : V/2012/10535

TOP: 8.37

Antwort der Verwaltung:

Die Grundschullandschaft in Halle umfasst 37 Schulen. Davon befinden sich 32 in kommunaler und 5 in freier Trägerschaft. Nach der derzeit geltenden Gesetzeslage ist die Kommune jedoch allein für die Gebäude der in ihrer Trägerschaft befindlichen Grundschulen zuständig. Sie hat keinen Einfluss auf LehrerInnen und Lerninhalte.

Der Presseartikel, auf welchen in der Anfrage Bezug genommen wurde, zitiert die Oberbürgermeisterin mit einer persönlichen bildungspolitischen Meinung. Ich kann mir sehr gut LehrerInnen für Grundschulen als städtische Mitarbeiter vorstellen, um die derzeit unterschiedlichen Zuständigkeiten für Bildungsinhalte zu vermeiden. Ziel ist für mich, eine einheitliche Zuständigkeit für Kitas und Horten auf der einen und für Grundschulen auf der anderen Seite beim Landesgesetzgeber zu erreichen. Damit die Übergänge von der Kita in die Grundschule und die Nachmittagsbetreuung in den Horten besser aufeinander abgestimmt werden können, wäre ein Arbeitgeber für ErzieherInnen- und GrundschullehrerInnen – nämlich die Kommune – meiner Meinung nach zielführend.

Die Weichen hierfür werden jedoch auf Landesebene gestellt. Bildungspolitik ist Ländersache.

Allerdings gibt es durchaus Bestrebungen der Stadt Halle sich mit einzubringen und eine Mitbestimmung zu erwirken. So gibt es aktuell Überlegungen zur Initiierung einer ämter- und institutionenübergreifenden Arbeitsgruppe (bzw. Neuaufgabe des früheren Forums für Bildung), die das Thema Bildung in den Fokus nimmt und die verschiedenen Akteure aus dem Bildungsbereich an einen „Runden Tisch“ bringt. Zielstellung soll dabei sein, eine gemeinsame Strategie zu entwickeln und gemeinsam auf den Landesgesetzgeber einzuwirken.